

PRESSEMITTEILUNG |

# Privates Kapital braucht wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen und Verlässlichkeit

**Zum Invest in Germany Summit: BVK und ZIA legen sechs gemeinsame Forderungen für Unternehmen, Wohnen und Infrastruktur vor**

**Berlin, 19. Oktober 2026.** Zum Auftakt des Invest in Germany Summit fordern der Bundesverband Beteiligungskapital (BVK) und der Zentrale Immobilien Ausschuss (ZIA) bessere Rahmenbedingungen für private Investitionen in Deutschland. Ihr gemeinsames Forderungspapier „Privates Kapital braucht wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen und Verlässlichkeit“ verbindet die Eigenkapitalversorgung von Start-ups, Scale-ups und Mittelstand mit Investitionen in Wohnraum und Infrastruktur. Beide Verbände begrüßen den Investitionsgipfel der Bundesregierung. Entscheidend seien nun konkrete Verbesserungen bei Finanzierung, Regulierung und Investitionssicherheit.

„Deutschland braucht neben leistungsfähiger Infrastruktur auch Unternehmen, die wachsen und investieren können. Beteiligungskapitalfonds bündeln privates und institutionelles Kapital und stellen Unternehmen langfristiges Eigenkapital zur Verfügung. Wer dieses Kapital nach Deutschland holen will, braucht einen wettbewerbsfähigen Fondsstandort und verlässliche Regeln“, **sagt Ulrike Hinrichs, Vorstandssprecherin des BVK.**

„Wir begrüßen, dass die Bundesregierung so offensiv um internationales Kapital wirbt. Allen Panels auf dem Investitionsgipfel ist eines gemeinsam: Wenn Investitionen beispielsweise in KI, Energie oder Halbleiter angereizt werden, bedeutet das notwendigerweise Fachpersonal und in der Folge einen zusätzlichen Bedarf bei Wohnungen. Deshalb braucht es jetzt einen Investitionsbooster für den Wohnungsneubau in Deutschland“, **sagt Aygül Özkan, Hauptgeschäftsführerin des ZIA.**

## Unternehmen stärken, Wohnraum schaffen

Start-ups, Scale-ups und mittelständische Unternehmen brauchen langfristiges Eigenkapital, um Wachstum, Innovation und Transformation zu finanzieren. Beteiligungskapitalfonds bündeln dafür privates und institutionelles Kapital. Damit Versicherungen, Versorgungswerke und weitere institutionelle Investoren mehr in Private Equity und Venture Capital investieren können, braucht es größere regulatorische Spielräume, wettbewerbsfähige steuerliche Rahmenbedingungen und einen verlässlichen Fondsstandort. Hier setzt der BVK an.

Auch Wohnraum und Infrastruktur benötigen langfristiges privates Kapital. 2025 stammten 33,1 Prozent des Investmentvolumens am deutschen Wohninvestmentmarkt von ausländischen Käufern, nach 20,8 Prozent im Vorjahr. Gleichzeitig wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamts rund 206.600 Wohnungen fertiggestellt, während der jährliche Bedarf laut Frühjahrsgutachten der Immobilienwirtschaft bei rund 257.400 liegt. Für den ZIA unterstreichen die Zahlen die Bedeutung verlässlicher Finanzierungs- und Investitionsbedingungen im Wohnungsbau.

## Sechs gemeinsame Forderungen von BVK und ZIA

Das gemeinsame Forderungspapier benennt sechs Handlungsfelder. Jede Forderung berücksichtigt die Perspektive von Beteiligungskapital und Immobilienwirtschaft:

- 1. Finanzierung erleichtern und institutionelles Kapital mobilisieren. Beteiligungskapital:** Versicherungen und Versorgungswerken mehr Spielraum für risikogerechte Anlagen in Private Equity und Venture Capital geben, unter anderem bei Anlageverordnung und Solvency II. **Immobilien:** Auf eine sachgerechte Korrektur des 150-Prozent-Risikogewichts für Projektentwicklungsfinanzierungen im angekündigten EU-Vereinfachungspaket hinwirken.

## 2. Internationales Kapital gewinnen und Steuern wettbewerbsfähig gestalten. Beteiligungskapital:

International wettbewerbsfähige, rechtssichere Steuerregeln für Private Equity- und Venture Capital-Fonds schaffen und die steuerliche Einordnung vermögensverwaltender Fonds klären. **Immobilien:** Steuerlichen Missbrauch gezielt bekämpfen, ohne ausländische langfristige Investoren durch pauschale Verschärfungen des Freistellungsverfahrens zu belasten.

## 3. Öffentliche Mittel gezielt als Hebel nutzen. Beteiligungskapital:

Die KfW als Ankerinvestor in Mittelstandsfonds stärken und über Dachfonds sowie öffentlich-private Instrumente zusätzliches privates Eigenkapital mobilisieren. **Immobilien:** Das Wohnungsbaumodul des Deutschlandfonds zügig starten und KfW sowie EIB als Garantie- und Risikopartner stärken.

## 4. Eigentum sichern und Investitionssicherheit stärken. Beteiligungskapital:

Eigentums- und Beteiligungsrechte schützen sowie rechtssichere Bedingungen für langfristige Fonds- und Unternehmensbeteiligungen gewährleisten. **Immobilien:** Investitionen schützen und das vereinbarte Investitionsschutzgesetz noch 2026 umsetzen.

## 5. Planbare Regeln für Immobilien und Beteiligungskapital. Beteiligungskapital:

Europäische Fondsvorgaben praxistauglich umsetzen und nationale Sonderbelastungen vermeiden. **Immobilien:** Bestehende Mietverträge schützen und weitere Eingriffe auf ihre Investitionswirkungen prüfen.

## 6. Bürokratie abbauen und Investitionen beschleunigen. Beteiligungskapital:

Berichts- und Offenlegungspflichten für Fonds und Portfoliounternehmen vereinfachen sowie Doppelmeldungen vermeiden. **Immobilien:** Den Gebäudetyp E voranbringen, zusätzliche Baustandards vermeiden und die KfW-Förderung für Neubau und Bestand vereinfachen.

## Verlässlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit als gemeinsame Voraussetzung

BVK und ZIA sehen in wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen, dem Abbau regulatorischer Hemmnisse und verlässlichen Regeln den Schlüssel zu zusätzlichen privaten Investitionen. Viele Verbesserungen sind ohne unmittelbare zusätzliche Haushaltsausgaben möglich. Wo öffentliche Mittel, Garantien oder steuerliche Anreize eingesetzt werden, müssen sie zusätzliches privates Kapital für Unternehmen, Wohnen und Infrastruktur mobilisieren. Der Invest in Germany Summit sollte dafür den Anstoß zu konkreten Maßnahmen geben.

„Mieterschutz für diejenigen, die schon eine Wohnung haben, darf nicht zur Mauer für die werden, die eine suchen. Bezahlbares Wohnen entsteht nicht durch immer neue Eingriffe in bestehende Mietverträge, sondern durch Investitionen in Neubau. Debatten über Vergesellschaftung und rückwirkende Eingriffe ins Mietrecht konterkarieren genau das, was die Bundesregierung auf diesem Gipfel bewirbt“, **betont Özkan (ZIA)**.

„Genauso wichtig wie neue Wohnungsbauprojekte sind verlässliche Finanzierungsmöglichkeiten für unsere Unternehmen. Wir müssen die Kapitalquellen institutioneller Investoren erschließen und öffentliche Mittel so einsetzen, dass sie privates Eigenkapital mobilisieren. Der Investitionsgipfel muss konkrete Verbesserungen für beide Bereiche anstoßen“, **so Hinrichs (BVK)**.

Das gemeinsame Forderungspapier steht nach Veröffentlichung unter diesem [Link](#) zum Download bereit.

## Über den BVK

Der Bundesverband Beteiligungskapital (BVK) ist die Interessenvertretung der Private Equity-Branche in Deutschland. Seine Mitglieder umfassen Beteiligungsgesellschaften von Venture Capital über Wachstumsfinanzierung bis Buy-out sowie institutionelle Investoren. Der BVK setzt sich für wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für Beteiligungskapital ein. Weitere Informationen: [www.bvkap.de](http://www.bvkap.de).

## Über den ZIA

Der Zentrale Immobilien Ausschuss e.V. (ZIA) ist der Spitzenverband der Immobilienwirtschaft. Er spricht durch seine Mitglieder, darunter mehr als 30 Verbände, für rund 37.000 Unternehmen der Branche entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Der ZIA vertritt die Immobilienwirtschaft auf nationaler und europäischer Ebene. Präsidentin des Verbandes ist Iris Schöberl.

## Pressekontakte

**BVK | Marlene Merck**  
Tel.: +49 30 3069 82 16  
[merck@bvkap.de](mailto:merck@bvkap.de)

**ZIA | Sandra Kühberger**  
Tel.: +49 172 321 4976  
[sandra.kuehberger@zia-deutschland.de](mailto:sandra.kuehberger@zia-deutschland.de)